

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Januar 2024

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
EU-Rat: Belgien übernimmt Präsidentschaft.....	1
EU-Kommission: Arbeitsprogramm 2024.....	1
Trilog über die Richtlinie zur Gewalt gegen Frauen uneinig.....	1
Trilog vereinbart neue Regeln für Kinder und Familien in Migration	1
EU-Kommission: Erster Monitoringrahmen für die Europäische Garantie für Kinder veröffentlicht	2
EU-Kommission: Junge Menschen bekommen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung der EU-Politik.....	2
EU-Kommission: Konsultationen zum ESF+ und zur DSGVO.....	2
EU-Kommission: Anmerkungen zu den Rechten des Kindes in den Beitrittsverhandlungen	2
EuGH: Recht auf Familiennachzug auch nach Erreichung der Volljährigkeit.....	3
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Alle 27 Mitgliedstaaten haben ihren Aktionsplan zur Europäischen Garantie für Kinder vorgelegt.....	3
Polen: Gesetzentwürfe zur Lockerung der Abtreibung und zum Zugang zur „Pille danach“ vorgelegt.....	3
Schweden: Regierung will Reiseverbot für „gefährdete“ Kinder erweitern	3
Frankreich: Verfassungsrat stützt Kinder und Familien in Entscheidung zum Einwanderungsgesetz	4
Schweiz: Kinder besser vor Gewalt in der elterlichen Paarbeziehung schützen.....	4
Ukraine: Amnesty International zur Wohnsituation älterer Menschen.....	4
Estland: Alternativer Bericht zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention	4
Griechenland: Zusätzliche 400 Euro Einmalzahlung für das erste Kind	4
Frankreich: Sinkende Geburtenrate trotz Kinderwunsch	5
Weitere Nachrichten	5
Eurostat: neue Indikatoren zur Teilnahme und Intensität der Kinderbetreuung.....	5
PFAS-Verbot: Industriechemikalien in Föten bergen Risiko für Krankheiten im Erwachsenenalter.....	5
Pflege und Unterstützung: Aufruf zur Einsendung von Beiträgen an die UN	5
WHO warnt vor 30-fachem Anstieg der Masern in Europa	6
Berichte und Studien	6
UNICEF: The Changing Childhood Project.....	6
Projekt rEUsilience: Umdenken bei der Unterstützung von Familien im Vereinigten Königreich nötig.....	6
Bericht mit Kurzstudien zu Familien in Österreich	6
Umfrage zu den Triebkräften und Folgen des demografischen Wandels	7
Wege zum dritten Kind – familienpolitische Maßnahmen im Vergleich.....	7
Ungleiche Ausgaben für Familienpolitik in europäischen Ländern	7
WHO-Bericht: Europa hat weltweit den zweitgrößten Anteil an jugendlichen Raucher:innen	7
UNICEF: Finanzierung der Bekämpfung von Folgen des Klimawandels für Kinder	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Rat: Belgien übernimmt Präsidentschaft

Bis zum 30. Juni 2024 übernimmt Belgien nach Spanien den rotierenden Vorsitz des EU-Rates. Der belgische EU-Vorsitz will die Verabschiedung der Strategischen Agenda 2024-2029 unterstützen und sich auf sechs Themenbereiche konzentrieren, die in einem Präsidentschaftsprogramm niedergelegt wurden. Einer dieser Schwerpunkte ist die Verstärkung der Sozial- und Gesundheitsagenda einschließlich des Zugangs zu erschwinglichem Wohnraum für alle, die Familien- oder Kinderpolitik wird nicht direkt adressiert.

- [Website der belgischen Präsidentschaft](#) mit aktuellen Terminen
- [Präsidentschaftsprogramm](#)

EU-Kommission: Arbeitsprogramm 2024

In ihrem neuen Arbeitsprogramm legt die Europäische Kommission ein besonderes Augenmerk auf Bürokratieabbau und Wettbewerbsfähigkeit. In dem Programm werden die Errungenschaften der letzten vier Jahre beleuchtet, die neuen Vorschläge der Kommission für die kommenden Monate dargelegt und wichtige Initiativen zum Bürokratieabbau präsentiert. 41 Vorschläge und Initiativen zur Vereinfachung wurden seit März 2023 vorgestellt. Da über 90 Prozent der in den Politischen Leitlinien von 2019 zugesagten Verpflichtungen bereits umgesetzt seien und nur wenige Monate bis zur Europawahl 2024 verblieben, beschränken sich die neuen Initiativen lediglich auf solche, die noch erforderlich seien, um den Verpflichtungen der Kommission nachzukommen oder neue Herausforderungen zu bewältigen.

- [EU-Kommission: Arbeitsprogramm 2024](#)

Trilog über die Richtlinie zur Gewalt gegen Frauen uneinig

Vertreter:innen der Kommission, des Parlaments und des Rates konnten sich nicht über die Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt einigen. Umstritten ist vor allem die Definition von Vergewaltigung. Mit dem Vorschlag würde das so genannte „Ja heißt Ja“-Prinzip zum europäischen Standard werden. Fehlende Gegenwehr oder Schweigen gelten hierbei nicht als Einwilligung. Die Richtlinie würde in 14 Ländern zu Verschärfungen des Strafrechts führen, unter anderem in Frankreich, Österreich und Italien. Deutschland sieht in der Regelung einen Kompetenzkonflikt. Die EU dürfe nach dieser Auffassung nur dann regulatorisch das Strafrecht der Mitgliedstaaten ausgestalten, wenn es sich um bestimmte, grenzüberschreitende Fallkonstellationen handelt, wozu u. a. Terrorismus, Korruption, aber auch sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern zählen. Für die EU-Kommission und das EU-Parlament fällt sexuelle Gewalt unter sexuelle Ausbeutung, für Deutschland schließt Ausbeutung jedoch nur Tatbestände wie Menschenhandel, Zwangsprostitution und Sklaverei ein. Rat, Parlament und Kommission sollen Ende Februar 2024 ein letztes Mal zum Trilog zusammenkommen, um die Aufnahme von zustimmungsbasierter Vergewaltigung in die Richtlinie zu entscheiden.

Trilog vereinbart neue Regeln für Kinder und Familien in Migration

Die EU-Institutionen haben sich kurz vor Weihnachten auf den neuen Pakt zu Migration und Asyl geeinigt. Er schließt die Unterbringung von Kindern in haftähnlichen Unterkünften an den Außengrenzen ein, die im Vorfeld von Nichtregierungsorganisationen deutlich kritisiert wurde (s. [AGF-EuropaNews 12/23](#)). Für die Zwecke der

Familienzusammenführung werden Geschwister nicht anerkannt, und nur Personen, die EU-Bürger:innen sind oder sich langfristig in einem EU-Land aufhalten, können einen Antrag stellen.

Die Einigung bedarf noch der rechtlichen Prüfung und einer Abstimmung der EU-Abgeordneten. Bis dahin werden das Parlament und der Rat die Verhandlungen auf der technischen Ebene fortsetzen, die für die Umsetzung der Verordnungen entscheidend sein wird. Das International Rescue Committee (IRC) hat hierfür eine detaillierte Analyse mit Empfehlungen vorgelegt.

- [EU-Kommission: Fortschritte des Parlaments und des Rats beim neuen Migrations- und Asylpakt](#)
- [International Rescue Committee: What is the EU Pact on Migration and Asylum?](#) 

EU-Kommission: Erster Monitoringrahmen für die Europäische Garantie für Kinder veröffentlicht

Das Rahmenwerk wurde vom Ausschuss für Sozialschutz (SPC) gebilligt und umfasst 30 Indikatoren in sechs Bereichen. Zum ersten Mal auf EU-Ebene werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, einen Indikator für die Anzahl der Kinder in alternativer Betreuung (CiAC) zu melden, aufgeschlüsselt nach Betreuungsart, einschließlich der Anzahl der Kinder in Heimen. Dieser Indikator geht auf das DataCare-Projekt von Eurochild und UNICEF zurück.

- [European Child Guarantee monitoring framework](#)  

EU-Kommission: Junge Menschen bekommen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung der EU-Politik

Die Kommission möchte Initiativen des Europäischen Jahres der Jugend 2022 umsetzen und jungen Europäer:innen mehr Einfluss auf die EU-Politik geben sowie die Jugenddimension in einer Reihe von Politikbereichen der EU stärken. Bei der Planung der EU-Politik werde die Kommission einen „Jugendcheck“ vornehmen sowie verschiedene Dialogformen starten oder ausbauen. Die Perspektive der Jugend soll vor allem in folgenden Bereichen berücksichtigt werden: Gesundheit, Umwelt und Klimawandel, allgemeine und berufliche Bildung, internationale Zusammenarbeit und europäische Werte sowie Beschäftigung und Inklusion.

- [Jugendhilfeportal: Junge Menschen bekommen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung der EU-Politik](#)

EU-Kommission: Konsultationen zum ESF+ und zur DSGVO

Zum Europäischen Sozialfonds+ (ESF+), aus dem EU-Maßnahmen in den Bereichen Beschäftigung, Soziales, Bildung und Kompetenzen gefördert werden, hat die Europäische Kommission eine Konsultation gestartet. Zur Halbzeitevaluierung des Programmplanungszeitraums 2021-2027 soll bewertet werden, ob der Fonds wie vorgesehen funktioniert.

Ebenso holt die Kommission Meinungen zur Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ein, dem wichtigsten Rechtsakt der EU im Hinblick auf die Gewährleistung des Grundrechts auf Datenschutz.

- [Konsultation zur Halbzeitevaluierung Europäischer Sozialfonds+ \(ESF+\)](#) (bis 13. Februar)
- [Konsultation zur Datenschutz-Grundverordnung \(DSGVO\)](#) (bis 8. Februar)

EU-Kommission: Anmerkungen zu den Rechten des Kindes in den Beitrittsverhandlungen

Die Kommission hat sich an die Kandidatenländer und die Länder, mit denen Beitrittsverhandlungen geführt werden, gewandt. Sie unterstreicht, dass ein kinderfreundliches Justizsystem weiter entwickelt werden müsse, ebenso wie Alternativen zur Inhaftierung. Besorgniserregend seien nach wie vor die Gewalt gegen Kinder, die

Frühverheiratung, die Unterbringung von Kindern ohne elterliche Fürsorge und/oder von Kindern mit Behinderungen in Heimen (am Beispiel von Georgien, Moldawien, der Ukraine und Bosnien und Herzegowina) sowie die Diskriminierung von Minderheiten (wobei die Roma-Gemeinschaft am stärksten benachteiligt ist).

EuGH: Recht auf Familiennachzug auch nach Erreichung der Volljährigkeit


Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat entschieden, dass das Recht auf Familienzusammenführung nicht mit Erreichung der Volljährigkeit zum Zeitpunkt der Entscheidung erlöscht. In dem Fall ging es um einen unbegleiteten minderjährigen Syrer, der in Österreich als Flüchtling anerkannt worden war. Daraufhin beantragten seine Eltern und seine kranke Schwester Aufenthaltstitel, die zunächst abgewiesen wurden, weil der junge Mann nach Antragsstellung volljährig geworden war. Der EuGH hat nun entschieden, dass Geflüchtete auch dann einen Anspruch auf Familienzusammenführung haben, wenn sie bis zur behördlichen Entscheidung ihres Antrags volljährig geworden sind. Begründet wurde dies unter anderem damit, dass Behörden die Bearbeitung absichtlich verzögern könnten.

- [Dokumente zum Verfahren](#)

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Alle 27 Mitgliedstaaten haben ihren Aktionsplan zur Europäischen Garantie für Kinder vorgelegt

Mit mindestens 20 Monaten Verspätung liegen nun die letzten ausstehenden nationalen Aktionspläne vor. Die Schlusslichter waren Österreich und Rumänien, davor Lettland und Ungarn. Die Hintonalvon Child Rights Foundation/ECPAT Ungarn hat eine kurze Analyse des ungarischen Aktionsplans vorgelegt. Ihr zufolge kommt der Plan einem Bericht, der Ergebnisse der Vergangenheit preist, näher als einem klaren und rechenschaftspflichtigen Instrument zur Erreichung strategischer Ziele. Dies verweist auf ähnliche Defizite wie die Analyse der AGF der ersten 18 vorgelegten Aktionspläne (s. [AGF-EuropaNews 1/23](#)).

- [EU-Kommission: Europäische Garantie für Kinder](#) (mit Downloads für alle nationalen Aktionspläne)
- [AGF-Überblick über ausgewählte Aspekte der bis Ende 2022 vorgelegten Nationalen Aktionspläne](#) 

Polen: Gesetzentwürfe zur Lockerung der Abtreibung und zum Zugang zur „Pille danach“ vorgelegt

Die neue polnische Regierung will das strenge Abtreibungsverbot lockern (s. [AGF-EuropaNews 4/16](#)). Zudem soll die „Notfallpille“ zugänglicher gemacht werden. Die beiden Gesetzentwürfe für die Lockerung der Abtreibung und dem vereinfachten Zugang zur Pille danach haben jedoch einen schweren Stand im Parlament. Selbst wenn sie genügend Unterstützung erhielten, könnten die Gesetze vom Präsidenten mit einem Veto blockiert werden.

Schweden: Regierung will Reiseverbot für „gefährdete“ Kinder erweitern

Die schwedische Regierung schlägt laut Sozialministerin Camilla Waltersson Grönvall vor, das Reiseverbot für Kinder zu verlängern, bei denen die Gefahr besteht, dass sie ins Ausland gebracht werden, um im Heimatland ihrer Eltern aufzuwachsen. Ihrer Ansicht nach würden in Schweden zu viele Kinder gegen ihren Willen außer Landes gebracht, da das derzeitige Reiseverbot hauptsächlich für Fälle gelte, in denen die Gefahr einer Zwangsheirat oder Genitalverstümmelung besteht.

Frankreich: Verfassungsrat stützt Kinder und Familien in Entscheidung zum Einwanderungsgesetz

Der französische Verfassungsrat hat Entscheidungen zu dem kürzlich verabschiedeten Einwanderungsgesetz getroffen. In diesem Zuge hat er 32 (von 86) Artikel aus formalen Gründen abgelehnt und drei für nicht verfassungskonform erklärt. Das Gesetz ist nun ohne die betroffenen Artikel in Kraft getreten. Die vorherige Fassung des Gesetzes enthielt Artikel, die große Einschränkungen für Kinder und Familien bedeutet hätten, nämlich strengere Regeln für den Familiennachzug, hohe Hürden für Sozialleistungen für Ausländer:innen und die Regelung, dass Kinder ausländischer Eltern, die in Frankreich aufwachsen, nicht mehr automatisch mit 18 Jahren die französische Staatsangehörigkeit bekommen sollten. Zudem sollten Studierende aus nichteuropäischen Ländern für eine Aufenthaltsgenehmigung eine Kautions hinterlegen müssen.

- [Pressemitteilung des Verfassungsrats zum Urteil](#) 

Schweiz: Kinder besser vor Gewalt in der elterlichen Partnerschaft schützen

Jährlich erleben rund 27 000 Kinder in der Schweiz Gewalt zwischen ihren Eltern. Eine neue Studie zeigt, wie bestehende Lücken bei den Unterstützungsangeboten geschlossen werden können. Sie wurde von der Hochschule Luzern, der Universität Freiburg und der Haute Ecole et Ecole Supérieure de Travail Social im Auftrag des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) und der Schweizerischen Konferenz gegen Häusliche Gewalt (SKHG) erstellt.

- [Bundesrat der Schweiz: Elterliche Partnerschaftsgewalt - Betroffene Kinder besser schützen](#)

Ukraine: Amnesty International zur Wohnsituation älterer Menschen

Ältere Menschen, insbesondere diejenigen mit Behinderungen, die im Verlauf des Krieges ihre Wohnungen verlassen mussten, finden oft keine angemessene neue Unterkunft. Zudem mangle es an Pflege und Unterstützung, berichtet Amnesty. Extrem niedrige Renten machten die Anmietung einer neuen Wohnung für viele ältere Menschen unerschwinglich, berichtet die Menschenrechtsorganisation. Die Notunterkünfte im Land seien aber nicht auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung eingestellt. Amnesty fordert die internationale Staatengemeinschaft auf, finanzielle und technische Unterstützung bereitzustellen, damit alle älteren Menschen in der Ukraine unabhängig und in Würde leben können.

Estland: Alternativer Bericht zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention

Die Estonian Union for Child Welfare hat einen Bericht veröffentlicht, in dem die wichtigsten Probleme in Bezug auf die Rechte und das Wohlergehen von Kindern in Estland aufgezeigt werden. Während die nationale Gesetzgebung weitgehend mit der Konvention übereinstimme, sei dies bei der praktischen Umsetzung nicht der Fall, etwa bei der hohen Zahl der Befürworter:innen von körperlicher Züchtigung, dem ungleichen Zugang zu Dienstleistungen und regionalen Ungleichheiten, der geringen Beteiligung von Kindern oder der steigenden Zahl von Unterhaltsschuldern.

- [Estonian Union for Child Welfare: Additional Report on the UN Convention on the Rights ...](#)  

Griechenland: Zusätzliche 400 Euro Einmalzahlung für das erste Kind

In Griechenland sollen zukünftig deutlich höhere monetäre Förderungen für neugeborene Kinder gezahlt werden als bisher. Mit dieser Maßnahme soll die Geburtenrate (2019: 1,3 Kinder pro Frau) erhöht werden. So kündigte die

griechische Regierung an, dass Eltern bald 400 Euro mehr als bisher für das erste Kind erhalten sollen. Geschwisterkinder würden mit einem noch höheren Bonus belohnt. Die Einmalzahlung in der Höhe von 2.000 Euro war 2020 eingeführt worden, nachdem in Folge der Wirtschaftskrise die Geburtenrate im Land gesunken war.

Frankreich: Sinkende Geburtenrate trotz Kinderwunsch

In Frankreich liegt die durchschnittliche Zahl der gewünschten Kinder laut einer Umfrage von Verian bei 2,27. Die Geburtenrate beträgt jedoch nur 1,7 und ist weiterhin rückläufig. Fast ein Fünftel der Eltern hat gemäß einer Umfrage von OpinionWay darauf verzichtet, so viele Kinder zu haben, wie sie sich gewünscht hätten (18 %). Diese Eltern erklären ihre Situation mit ihrer Besorgnis über die Entwicklung der Welt (30 %) und den finanziellen Kosten für die Erziehung eines weiteren Kindes (28 %). 22 % erwähnen die Frage der Fruchtbarkeit. Kinder zu haben bedeute vor allem, „eine Familie zu gründen“ (70 %), „zu lieben und geliebt zu werden“ (50 %) und „Werte weiterzugeben“ (39 %). Bei den Kinderlosen, die keine Kinder wollen, sind die Gründe äußerst vielfältig: aktuelle Situation (30 %), fehlender Kinderwunsch (20 %), Hindernisse für die persönliche Entfaltung (14 %), Kosten für Kinder (13 %), Umwelt (11 %) sowie Überbevölkerung des Planeten (5 %).

Weitere Nachrichten

Eurostat: neue Indikatoren zur Teilnahme und Intensität der Kinderbetreuung

In der Europäischen Union nahmen im Jahr 2022 insgesamt 69,3 % der Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Mindestschulpflichtalter an mindestens 25 Stunden pro Woche an formeller Kinderbetreuung oder Bildung teil. In dieser Altersgruppe erhielten 12,4 % der Kinder gar keine und 18,2 % bis zu 24 Stunden pro Woche formelle Kinderbetreuung. Diese Daten sind über einen neuen Indikator zur Messung von „Kindern in formeller Kinderbetreuung oder Bildung nach Altersgruppe und Dauer“ verfügbar, der im Dezember 2023 von Eurostat veröffentlicht wurde.

- [Eurostat: New indicators on childcare participation and intensity](#) 

PFAS-Verbot: Industriechemikalien in Föten bergen Risiko für Krankheiten im Erwachsenenalter

Vor einem Jahr haben mehrere Mitgliedstaaten ein allgemeines Verbot von Per- und Polyfluoralkyl-Stoffen (PFAS) vorgeschlagen. Eine neue Studie zeigt nun, dass diese Industriechemikalien Menschen bereits in der fötalen Entwicklungsphase beeinträchtigen. Die Studie ist die erste ihrer Art, in der Forscher ein umfassendes Stoffwechselprofil erstellt und PFAS in menschlichen Föten gemessen haben. Sie ergab, dass Föten, die PFAS ausgesetzt sind, schon vor der Geburt einen veränderten Stoffwechsel und eine veränderte Leberfunktion aufweisen, was das Risiko von Stoffwechselkrankheiten wie Diabetes im Erwachsenenalter erhöhen kann.

- [Prof. Hyötyläinen et al.: In utero exposures to perfluoroalkyl substances and the human fetal liver ...](#) 

Pflege und Unterstützung: Aufruf zur Einsendung von Beiträgen an die UN

Das Büro des Hochkommissars für Menschenrechte der Vereinten Nationen bittet um schriftliche Beiträge zu den Themen Pflege und Unterstützung. Gefragt sind unter anderem Informationen zu gesetzlichen Bestimmungen, politischen Maßnahmen und Förderprogrammen, die die Rechte von bezahlten und unbezahlten Pflegekräften betreffen, oder auch die Rechte derjenigen, die Pflege und Unterstützung erhalten. Außerdem interessiert die UN,

wo die zentralen Herausforderungen bei der Schaffung altersgerechter Pflege- und Unterstützungssysteme liegen. Die Informationen fließen in eine thematische Studie über die Menschenrechtsdimension von Pflege und Unterstützung ein, die der UN-Menschenrechtsrat im Herbst 2023 angefordert hatte.

- [Call for Input: Human Rights Council resolution 54/6 on the centrality of care and support ...](#) 

WHO warnt vor 30-fachem Anstieg der Masern in Europa

In der Europäischen Region der Weltgesundheitsorganisation, die 53 Länder umfasst, ist die Zahl der Masernfälle zwischen Januar und Oktober 2023 um das 30-fache gestiegen. In 40 Ländern der Region wurden mehr als 30.000 Fälle gemeldet, im Vergleich zu 941 im Jahr 2022. Die Entwicklung sei besorgniserregend, sagte Hans Kluge, WHO-Regionaldirektor für Europa. Die Impfung sei die einzige Möglichkeit, Kinder vor dieser potentiell gefährlichen Krankheit zu schützen. Um die Übertragung zu stoppen und eine weitere Ausbreitung zu verhindern, seien dringende Impfstrengungen erforderlich. Es sei von entscheidender Bedeutung, dass alle Länder darauf vorbereitet sind, Masernausbrüche schnell zu erkennen und rechtzeitig darauf zu reagieren.

Berichte und Studien

UNICEF: The Changing Childhood Project

Das gemeinsam mit Gallup entwickelte Changing Childhood Project wurde ins Leben gerufen, um besser zu verstehen, was es bedeutet, heute ein Kind zu sein. Die aktualisierten Daten aus der zweiten Phase mit 55 Ländern zeigen, dass nur die Hälfte der jungen Menschen weiß, was der Klimawandel ist, dass 60 % der jungen Menschen sich hauptsächlich auf soziale Medienplattformen verlassen, um sich zu informieren, aber nur 23 % diesen Quellen wirklich vertrauen, und dass sich doppelt so viele junge Menschen als Weltbürger:innen identifizieren wie Menschen über 65.

- [UNICEF: The Changing Childhood Project](#) 

Projekt rEUsilience: Umdenken bei der Unterstützung von Familien im Vereinigten Königreich nötig

Aus der Sicht von in Schwierigkeiten geratenen britischen Familien sieht die Zukunft laut einer neuen Studie eines Teams des Oxford Department of Social Policy and Intervention düster aus. Die im Rahmen des Projekts rEUsilience (s. [AGF-EuropaNews 09/23](#)) befragten Personen sind der Auffassung, dass die derzeitige Politik Familien nicht ausreichend unterstütze, insbesondere wenn es um Kinder oder Betreuungsaufgaben gehe. Ein Beispiel dafür bestehe darin, dass die allgemeine Sozialleistung (Universal Credit) nur für die ersten beiden Kinder gewährt wird. Unter anderem verlangen die Familien erschwingliche und zugängliche Kinderbetreuungsdienste, die bereits ab einem früheren Alter und in lokalen Gebieten zur Verfügung stehen sollten.

- [Projekt rEUsilience: Exploring Resilience with Families in the United Kingdom](#) 

Bericht mit Kurzstudien zu Familien in Österreich

Der vorliegende Bericht präsentiert die neuesten Erkenntnisse zu Familien in Österreich auf Basis der Daten des Generations & Gender Survey. Die in dieser Publikation enthaltenen Kurzstudien präsentieren detaillierte Analysen zu Familienplanung, Geburtenrate, Partnerschaftsformen, Konfliktpotential und Stabilität von Paarbeziehungen,

den jeweiligen Zusammenhängen mit der Erwerbsbeteiligung, der innerfamiliären Arbeitsteilung, dem Zusammenhalt zwischen den Generationen, der Komplexität von Familienstrukturen und vielem mehr.

- [Familien in Österreich 2023 - Partnerschaft, Kinderwunsch und ökonomische ...](#) 

Umfrage zu den Triebkräften und Folgen des demografischen Wandels

Das Joint Research Centre hat die Ergebnisse einer im Jahr 2023 durchgeführten Umfrage vorgestellt, in der Expert:innen zu den Triebkräften und Folgen des demografischen Wandels befragt worden waren. Unter den vielen Faktoren, die die Demografie beeinflussen könnten, bestätigten die meisten Expert:innen die anhaltenden Trends wie sinkende Geburtenraten, steigende Lebenserwartung und Migration. Abschließend schlugen die Autor:innen vor, dass aufgrund der Komplexität der verschiedenen Trends die traditionelle Demografiepolitik mit der Förderung von Anpassungsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit verbunden werden sollte.

- [Global demography expert survey on the drivers and consequences of demographic change](#) 

Wege zum dritten Kind – familienpolitische Maßnahmen im Vergleich

Die Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) tritt unter Bezugnahme auf Beispiele aus Frankreich und Skandinavien für eine Mehr-Kind-Familienpolitik ein und betont die Relevanz des Familienmodells der „Mehrkindfamilie“ bzw. der „Großfamilie“ für die Bevölkerungsentwicklung. Die Analyse beschreibt zudem, vor welchen Herausforderungen kinderreiche Familien im Alltag stehen und welche Umstände Paare daran hindern, sich ihren Wunsch nach mehreren Kindern zu erfüllen.

- [Konrad-Adenauer-Stiftung: Wege zum dritten Kind](#) 

Ungleiche Ausgaben für Familienpolitik in europäischen Ländern

Eine Studie des Spanischen Verbandes der kinderreichen Familien (FEFN), die von der Universität Vigo mit Unterstützung des Ministeriums für soziale Rechte und der Agenda 2030 erstellt wurde, analysiert die Familienpolitik in mehreren europäischen Ländern und schlussfolgert, dass Spanien zu wenig in den Schutz von Familien investiert und einige aktuelle Maßnahmen überarbeitet werden müssten. Der spanische Prozentsatz der vom Bruttoinlandsprodukt für familienpolitische Maßnahmen aufgewendet wird, sei sehr weit von dem der Länder mit besseren Familienschutzsystemen entfernt und mit 1,5 % weit unter dem von Frankreich, Dänemark, Schweden oder Ungarn (alle über 3 %). Dies hänge mit einem mediterranen Familienschutzmodell zusammen, das durch eine geringe Entwicklung expliziter familienpolitischer Maßnahmen mit geringen wirtschaftlichen Vorteilen, einer durchschnittlichen Ausstattung mit Gütern und Dienstleistungen und einigen Steuervorteilen gekennzeichnet sei.

- [Download der Studie](#)  

WHO-Bericht: Europa hat weltweit den zweitgrößten Anteil an jugendlichen Raucher:innen

Während der Tabakkonsum weltweit zurückgeht, hat Europa nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) einen der höchsten Anteile an Raucher:innen. Dies betrifft besonders Frauen und Jugendliche. Auf der Grundlage der neuesten Daten aus dem Jahr 2022 hat Europa den zweithöchsten Prozentsatz an Tabakkonsument:innen in der Bevölkerung. Er liegt bei über 25 Prozent und damit direkt hinter Südostasien. Bei Jugendlichen im Alter von 13 bis 15 Jahren ist die europäische Region sogar Spitzenreiter. Der am Bericht über

die Entwicklung der Verbreitung des Tabakkonsums von 2000 bis 2030 zeigt, dass weltweit etwa jede:r fünfte Erwachsene Tabak konsumiert. Im Jahr 2000 war es noch jede:r dritte.

- [WHO-Bericht zum Anteil an jugendlichen Raucher:innen in Europa](#)

UNICEF: Finanzierung der Bekämpfung von Folgen des Klimawandels für Kinder

Ein neuer UNICEF-Bericht zeigt Möglichkeiten auf, die bereits eingetretenen Auswirkungen des Klimawandels für die Kinder zu bekämpfen und dies zu finanzieren. Er weist darauf hin, wie der neue „Loss and Damage Fund“ der Vereinten Nationen zusammen mit anderen Finanzierungen die negativen Auswirkungen des Klimawandels auf Kinder angehen kann. Zum Beispiel wird die Wiederherstellung von durch den Klimawandel geschädigten Diensten empfohlen, die für Kinder relevant sind, wie Bildung, Gesundheitsschutz oder Wasserversorgung. Der Fonds wurde auf der 28. UN-Klimakonferenz in den Vereinigten Arabischen Emiraten mit 792 Millionen US-Dollar ausgestattet. Der Bericht betont, dass die Bemühungen zur Bewältigung von klimabedingten Schäden durchgängig vom Grundsatz der Wahrung der Rechte von Kindern geleitet werden sollten.

- [UNICEF: Loss and Damage Finance for Children](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum / Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
6. Februar 2024	Internationaler Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung	UN-Jahrestag
7. Februar 2024, Brüssel	DIGITAL FUTURE: 4th. Congress of Family Friendly Municipalities	Europ. Committee of Regions (CoR), ELFAC, European Network of Family-Friendly Municipalities
13. Februar 2024, Berlin	Die Europäische Elternschaftsdirektive in der Diskussion	AGF (nicht öffentlich)
16. Februar 2024, Berlin	Vorschlag für eine Europäische Verordnung zur Verhinderung und Bekämpfung von Kindesmissbrauch	AGF, COFACE Families Europe (nicht öffentlich)
20. Februar 2024	Welttag der sozialen Gerechtigkeit	UN-Jahrestag
8. März 2024	Internationaler Frauentag	UN-Jahrestag
11.-12. März 2024, Wien	Fundamental Rights Forum 2024	EU Fundamental Rights Agency (FRA)
12. März 2024, online	Online capacity-building on EU funding and social services for families	COFACE
12. bis 19. April 2024	Europäische Jugendwoche	Europäische Kommission

16. April 2024, Dublin	Life-long learning: Bringing the family perspective to the education field	COFACE
16. April 2024, online	Soziale Arbeit über Grenzen hinweg - Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden Einzelfällen und bei Jugendhilfe im Ausland nach der Brüssel IIb Verordnung	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-70
 E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
 Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Gefördert vom:

